

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung
Band: - (1989)
Heft: 2

Artikel: Zur aussenpolitischen Haltung der Schweiz vor 50 Jahren
Autor: Bundi, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-398485>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Martin Bundi

Zur aussenpolitischen Haltung der Schweiz vor 50 Jahren

Ein Rückblick auf die offizielle Aussenpolitik unseres Landes vor und nach Kriegsbeginn

In diesem Jahr erinnert man sich vielerorts der Ereignisse rings um unser Land vor 50 Jahren. Es ist wichtig, dass sich die Völker von Zeit zu Zeit auf die Taten ihrer Vorfahren besinnen. Geradezu notwendig ist es, der Jugend die Zusammenhänge um die Lehren von Nationalsozialismus und Faschismus und das daraus entstandene Unheil aufzuzeigen. Aber selbst ein kritischer Blick zurück in die Geschichte des eigenen Landes kann nicht schaden. Auch bei uns gilt es, ein Stück Vergangenheit zu bewältigen.

1. Wie sah es im benachbarten Ausland gegen Ende 1938 aus?

Am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein und erzwangen gewaltsam den *Anschluss Österreichs an das «Grossdeutsche Reich»*. Sie verhinderten damit eine von Bundeskanzler Schuschnigg auf einige Tage später angesetzte demokratische Volksabstimmung in Österreich über die Anschlussfrage. Die Bestimmungen des Friedensvertrages von 1919 mit Österreich verboten einen Anschluss Österreichs an Deutschland.

Hitler konnte sich vor allem aus zwei Gründen Österreich eingliedern und über Verträge hinwegsetzen. Einmal hatte die nationalsozialistische Seuche in Österreich bereits tief Fuss gefasst; starke NS-Organisationen und halb-militärische Verbände arbeiteten auf den Anschluss hin. Zweitens aber haben die Engländer Hitler frei gewähren lassen. Der britische Aussenminister Lord Halifax verfolgte eine Politik des «Appeasement» (Beschwichtigung und Nachgiebigkeit) und pilgerte zu einer Konferenz mit Hitler auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden. Es war ihm eine Genugtuung, dass Hitler durch die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland diesem den Weg nach Westeuropa versperrte; er gab Hitler sogar zu verstehen, dass der Vertrag von Versailles hinsichtlich Danzigs, Österreichs und der Tschechoslo-

wakei revidiert werden sollte. So konnte Hitler damit rechnen, dass eine Annexion Österreichs nicht auf britischen Widerstand stossen würde.

Während des ganzen Jahres 1938 wütete der 1936 ausgebrochene *Spanische Bürgerkrieg* unentwegt weiter: es standen einander gegenüber die Republikaner und die Falangisten von General Franco. Die Republikaner erhielten Hilfe von der Sowjetunion, gewissen Kreisen der USA, Mexikos und Frankreichs sowie der Internationalen Brigaden. Deutschland und Italien unterstützten die Nationale Front Francos mit Waffen, Material und Truppen. Spanien wurde zum Experimentierfeld für den künftigen grossen Krieg. Im Herbst 1938 begann Franco seine letzte grosse Offensive, und nach dem Fall von Barcelona im Januar 1939 war der Krieg zu seinen Gunsten entschieden. Die Diktatur hatte über die Demokratie gesiegt.

Kurz zuvor hatten sich drei eigentliche *Aggressorstaaten* zusammengeschlossen. *Italien*, das 1935 dank freier Hand von seitens Frankreichs und ausdrücklicher Billigung Deutschlands Abessinien erobert hatte, *Japan*, das 1937 grosse Teile Chinas erobert hatte und besetzt hielt, und *Deutschland* schlossen 1936/37 den «Antikominternpakt». Im Grunde genommen ging es um die Stützung der Machtpolitik der drei Diktaturstaaten, nach aussen lieferte das Bündnis den Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus.

Im September 1938 bildete *das Münchner Abkommen* den Auftakt zur Zerschlagung der Tschechoslowakei. Die Vorgeschichte begann im Sudetenland, einem fast rings um Böhmen und Mähren verlaufenden Grenzstreifen, in dem eine teilweise deutschsprechende Bevölkerung wohnte. Diese verlangte unter ihrem Führer Konrad Henlein lautstark die volle Autonomie und Freiheit für nationalsozialistische Propaganda. Hitler erhob hierauf Anspruch auf das Sudetenland und drohte mit Einmarsch. Frankreich und die Sowjetunion, Garantiemächte der Tschechoslowakei, versagten. In Frankreich lehnte die öffentliche Meinung einen Krieg wegen der Tschechoslowakei ab. Doch Hitler hätte sein Vorhaben nicht realisiert, wenn ihm England entschieden entgegengetreten wäre. Der englische Premierminister Chamberlain liess sich herbei, Hitler zweimal in Bad Godesberg aufzusuchen und ihn zu beschwichtigen. Die «*Appeasement-Politik*» sollte hier ihren Höhepunkt erleben. Als Hitler offen mit Krieg drohte, bat Chamberlain Mussolini um «Vermittlung» – die dieser gerne annahm – und reiste ein drittes Mal nach Deutschland zur berühmten Konferenz von München. Hier traf er sich mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier, mit Hitler und Mussolini. Die gemeinsame «Vermittlung» bestand darin, dass Hitler vom 1. Oktober an innert zehn Tagen das Sudetenland mit deutschen Truppen besetzen durfte. Die Vereinbarung war ohne die Tschechen getroffen worden,

diese hatten sie einfach hinzunehmen. Damit verlor die Tschechoslowakei ihren Festungsgürtel gegen Deutschland und war praktisch nicht mehr verteidigungsfähig. England und Frankreich garantierten den Bestand des Reststaates, und sogar Hitler und Mussolini versprachen, der Garantie beizutreten.

«Peace in our time!» so verkündete Chamberlain seinem englischen Volk, als er nach dem Münchner Abkommen zurückkehrte. Die kritischen Geister erkannten schon damals, dass das ein trügerischer Friede war. Tatsächlich hatte die Beschwichtigungs- und *Anpassungspolitik Schiffbruch erlitten*. Im März 1939 löste sich unter deutschem Druck die Slowakei vom Gesamtstaat und stellte sich unter deutschen Schutz, und fast gleichzeitig rückten deutsche Truppen in Böhmen und Mähren ein. Hitler hatte sein Wort von München gebrochen. Die Tschechoslowakei war zerschlagen. Der grosse «Führer» schloss hinter dem Rücken der Westmächte den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt und traf die Vorbereitungen für die Vernichtung Polens. Am 1. September 1939 fielen deutsche Truppen in Polen ein, und damit war der Zweite Weltkrieg offiziell ausgebrochen.

2. Haltung, Äusserungen und Massnahmen der offiziellen Schweiz

a) Zum Anschluss Österreichs

Die offizielle Haltung eines Landes bemisst sich zur Hauptsache an den Äusserungen seiner politischen Exponenten. Die schweizerische Aussenpolitik wurde damals über längere Zeit, von 1920 bis 1941, vom Tessiner *Bundesrat Motta* geprägt. Dessen Politik charakterisierte Schmid-Amman wie folgt:

«In der Aussenpolitik hat der konservative Bundesrat Motta, früher ein Förderer des Völkerbundes, sich von dem Augenblick an von der Genfer Institution zu distanzieren begonnen, da der Völkerbund bei Mussolini in Ungnade fiel. Er hatte es höchst eilig mit der De-jure-Anerkennung des italienischen Raubzuges gegen Abessinien und mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Franco-Regierung, noch ehe der Bürgerkrieg in Spanien zu Ende war. Gleichzeitig widersetzte sich Motta der Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund».¹ Anlässlich der fünften Wahl Mottas zum Bundespräsidenten kennzeichnete das «Vaterland» am 17. Dezember 1936 Mottas politische Einstellung wie folgt: «Die konservative Auffassung des Jubilaren geht auf eine starke Demokratie, eine Demokratie, welche nach seiner eigenen Deutung *die Vorzüge eines faschistischen Systems* in sich enthält, ohne landesfremde Einrichtungen übernehmen zu müssen». Mottas politische Haltung beweist denn auch, dass seine Sympathien

eher auf der Seite der faschistischen und nationalsozialistischen Regimes lagen als bei den angelsächsischen Demokratien England und Amerika.

Gegenüber dem deutschen Gesandten Köcher soll Motta am 14. März 1938, also zwei Tage nach dem Einmarsch der Deutschen, seine *Bewunderung über Art und Weise der Durchführung* des Anschlusses durch den Führer ausgedrückt haben; diesen Anschluss habe er wegen Österreichs politischer Zerrissenheit schon lange erwartet. Motta hob hervor, er werde alles tun, um mit dem jetzt grösseren deutschen Reich die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen und liess Deutschland danken, dass es nur geringe Truppen nach Vorarlberg verlegt habe. – Der Wortlaut dieser Aussagen in einem Telegramm des deutschen Gesandten Köcher findet sich abgedruckt bei Bonjour, «Geschichte der schweizerischen Neutralität».² Bonjour interpretiert diese Worte Mottas wohl als verbindliche Aussagen, betont aber, dass sie nicht als Gratulation zum Anschluss gewertet werden dürften; allerdings wäre mehr Zurückhaltung am Platze gewesen. Bonjour unterstreicht, dass sonst aber in der Öffentlichkeit und in Regierungskreisen man von dem raschen Verschwinden des Nachbarstaates geradezu konsterniert gewesen sei. Massgebend für die schweizerische Haltung sei zudem nicht gewesen, was Motta auf dem diplomatischen Parkett gesagt, sondern vielmehr was er bald darauf im eidgenössischen Parlament als *Deklaration des Bundesrates* verlesen habe. Diese Erklärung wurde am 21. März von den Bundesräten Baumann, Pilet und Motta in den drei Landessprachen der Bundesversammlung vorgelesen. Sie betonte, die Veränderung, welche die politische Karte Europas dieser Tage erfahren habe, könne keine Schwächung der politischen Lage der Schweiz zur Folge haben. Die Neutralität unseres Landes erweise sich als unentbehrlich für das europäische Gleichgewicht. Die Schweiz halte sich von fremden Händeln fern. Ein Angriff auf sie würde ein verabscheuungswürdiges Verbrechen gegen das Völkerrecht darstellen. Die Schweiz wolle mit allen ihren Nachbarn korrekte Beziehungen pflegen.³ Obwohl diese Erklärung für heutige Ohren eher anpasserisch und furchtsam tönt, wurde sie durch Verlautbarungen aller Fraktionen gebilligt und soll vor allem die Schweizer im Auslande gestärkt haben.

Als eine der Folgen des Anschlusses registrierte man in der Schweiz ein vermehrtes *Einströmen von Juden aus Österreich*. Der Schweizer Gesandte Fröhlich in Berlin, dessen zwielichtige Rolle bekannt ist, teilte den dortigen Behörden mit, der Bundesrat sei entschieden gegen den Zuzug von Juden aus Deutschland eingestellt.⁴ Rothmund, der Vorsteher der schweizerischen Fremdenpolizei, erwog die Wiedereinführung des Sichtvermerks für den gesamten deutsch-schweizerischen Verkehr. Im Herbst wurde der Judenstempel einge-

führt. Eine weitere Folge des Anschlusses Österreichs war für die Schweiz die *Wiedergewinnung der uneingeschränkten Neutralität*. Man zog aus den Ereignissen in Österreich den Schluss, es gelte jetzt im Innern geeinigt zu sein und nach aussen vollständig neutral zu erscheinen. Beim Eintritt in den Völkerbund hatte sich die Schweiz eine kleine Schmälerung ihrer Neutralität gefallen lassen: sie war die Verpflichtung eingegangen, sich an eventuellen wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbundes zu beteiligen. Seitdem befand sie sich in einem Stadium einer differenziellen Neutralität. Allerdings hat sie im Falle des Boykotts gegen Italien in Zusammenhang mit dem Abessinienüberfall gar nicht konsequent die Sanktionen angewendet. Nunmehr setzte Motta seinen ganzen Ehrgeiz darin, den Völkerbund dahin zu bringen, die Schweiz von der eingeschränkten in die integrale Neutralität zu entlassen, was ihm auch gelang. Die ganze Operation hatte aber auch den Anschein, als verlasse hier ein Gast aus hauptsächlich egoistischen Gründen ein sinkendes Schiff (den Völkerbund).

b) Zur Zerschlagung der Tschechoslowakei

In der Schweiz begrüßte man im allgemeinen das Münchner Abkommen mit Genugtuung. Man glaubte, der Friede sei gerettet. Der Bundesrat erklärte einer Vertretung der politischen Parteien am 29. September 1938, warum keine Mobilmachung erfolgt sei. Und der Bundespräsident sagte am 30. September dem die Session beschliessenden Parlament, eine grosse Sorge sei von unserem Land und der ganzen Welt genommen und der Friede dürfe als gesichert gelten.

Bundesrat Motta verstieg sich zu überschwenglichen Äusserungen und lobte über die Massen die Friedenstat des edlen Greises (Chamberlain) und das hohe Verdienst des grossen Führers (Mussolini).⁵ So äusserte er sich an der Tessiner Messe vom 2. Oktober 1938 wie folgt: «Jene Konferenz (von München) war gleich dem Stern, der die Schatten der Nacht durchbricht und das Licht des Morgens verkündet. Und da ich von diesem lieblichen Lugano aus zu euch spreche, das an der Türe Italiens liegt, so gestattet mir, mit menschlicher Ehrerbietung den grossen Führer des befreundeten benachbarten Landes zu grüssen, Benito Mussolini, der, indem er ohne Zögern die Einladung, sich über die Alpen zu begeben, annahm und durch wunderbare Intuition des Geistes und erhabene Willenskraft die noch bestürzten Geister zusammenführte, sich den Titel höchsten Verdienstes erwarb, den nur der trübe Sinn der Kurzsichtigkeit oder des Fanatismus ihm noch zu bestreiten vermag».⁶ Solche Worte mussten natürlich im Süden und im Norden der Schweiz auf Gefallen stossen. Der deutsche Staatssekretär Weizsäcker beeilte sich, dem Schweizer Gesandten Fröhlich mitzuteilen, man sei mit der Schweiz ganz zufrieden, beson-

ders weil sie keine militärischen Massnahmen (Mobilmachung) ergriffen habe; gegenüber der Schweiz hege man weder politische noch militärische Absichten.

Im Volke aber regte sich da und dort Unwille. Langsam wurde das Unrecht empfunden, dass sich Grossmächte über die Verträge, die einen kleinen Staat schützen, hinweggesetzt hatten. Doch eher spärlich waren die Stimmen, die diesen Unwillen öffentlich bekundeten oder das Münchner Abkommen offen verurteilten. Einer dieser wenigen war Albert Oeri, Nationalrat und Redaktor der Basler Nachrichten, liberaldemokratischer Politiker. Er verurteilte das Münchner Abkommen offen und bekundete öffentlich seinen Unwillen. Ihn unterstützte einmütig *die sozialdemokratische Presse*, als man in Deutschland seine Äusserungen als Skandal und die Schweiz als «Paradies der Kriegshetzer» bezeichnete.⁷

So richtig wach wurde man in der Schweiz erst nach dem heimtückischen Überfall auf die Tschechoslowakei im März 1939. Jetzt erkannte man die Torheit einer Beschwichtigungspolitik. Der Ausspruch des deutschen Grossadmirals Raeder musste jeden Schweizer über die wahre Sachlage aufklären: «Deutschland ist der Schirmherr aller Deutschen, diesseits und jenseits der Grenzen».

Zwar lautete die bundesrätliche Erklärung am Radio vom 20. März 1939 noch recht zahm und zurückhaltend: Das Verschwinden der Tschechoslowakei als selbständiger Staat habe im Schweizervolk einen tiefen Eindruck hinterlassen. Durch die Veränderungen im Osten würden jedoch die traditionellen Beziehungen zum Ausland nicht betroffen. Das Volk sei zu jedem Opfer bereit, um die Unabhängigkeit und Freiheit zu verteidigen.⁸ Offener nannte die Schweizer Presse die Dinge beim richtigen Namen. Sie beschuldigte das nationalsozialistische Dritte Reich des rücksichtslosen Vorgehens, und insbesondere die sozialdemokratische und unabhängige Presse nahm kein Blatt vors Maul. Wohltuend war in jenen Tagen aber auch der berühmte Ausspruch von *Bundesrat Obrecht*: «Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg. Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen».⁹

3. Die Haltung des offiziellen Graubündens

Die Aussenpolitik ist Sache des Bundes. Die Kantone nehmen im allgemeinen dazu nicht Stellung. Bei besonderen öffentlichen Verlautbarungen kommt ihre Einstellung aber doch zum Ausdruck. An den Ereignissen ausserhalb unserer Landesgrenze nahmen denn vor allem die Regierungs- und Landespräsidenten anlässlich der Eröffnungen

der Sitzungen des Grossen Rates Anteil, je nach Neigung und Temperament aber in recht unterschiedlichem Masse.

Der Grosse Rat tagte früher nur zweimal im Jahr; im Frühjahr und im Herbst kam er je zu einer zweiwöchigen Session zusammen. An der Eröffnungssitzung vom 16. Mai 1938 – zwei Monate nach dem *Anschluss Österreichs* – trat der damalige Regierungspräsident *Dr. Luigi Albrecht* in seiner Ansprache recht ausführlich auf das Zeitgeschehen ein. Österreichs Ende als selbständiger Staat bezeichnete er als eine starke Wende in der Weltgeschichte. Die Erklärung des Bundesrates vor den eidgenössischen Räten, so sagte Albrecht, sei unerlässlich gewesen, um die öffentliche Meinung zu klären und Befürchtungen zu zerstreuen. Er betonte die Notwendigkeit der Anerkennung unserer umfassenden Neutralität und das Gebot der Geschlossenheit im Innern. Albrecht unterstrich aber auch, dass die Neutralität der Schweiz die Pflicht auferlege, jeder Verletzung derselben entgegenzutreten, komme sie von welcher Seite auch immer.¹⁰

So offen hatte noch selten ein Magistrat zu verstehen gegeben, was die Schweiz auch im Falle eines deutschen Angriffes zu tun habe! Albrecht appellierte in der Folge an die Pflege echten Schweizergeistes, an die Vervollkommnung der militärischen Landesverteidigung, insbesondere der geistigen, und an die nationale Erziehung der Jugend. Er rief auch zu wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogrammen auf, ein Anliegen, das in einer Zeit mit fast 100 000 Arbeitslosen in der Schweiz, auf allgemeine Zustimmung stiess. – Germanisches Blut verbinde sich mit lateinischem Stamm in der Schweiz zu reichem Gewinn, sagte Albrecht hierauf und leitete über zur Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 mit dem überwältigenden Mehr für die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache. Dieses Ergebnis wertete er als ein Bekenntnis des Schweizervolkes zur Würde, zum Recht, zur Freiheit und zum Schutz der Muttersprache eines kleinen Volksteils und als Absage an einen falschen, einseitigen Patriotismus.

Soweit die Hauptgedanken aus der Ansprache von Regierungspräsident Albrecht. Sie zeugen von aufgeschlossenem Geist, sozialer Verantwortung und liberalem Sinn. Die gleiche Grundhaltung schimmerte bei ihm auch durch in seiner *Einstellung zu den Flüchtlingen*. In der Frühjahrssession 1939 attestierte Dr. Silberroth (Davos) ihm und der ihm unterstellten Fremdenpolizei, besonders Hauptmann Anton Bühler, «rückhaltlose Anerkennung für das grosse Verständnis, welches sie den politischen Flüchtlingen entgegenbringen. Anlässlich einer Sitzung des schweizerischen sozialdemokratischen Parteivorstandes sei die von wahrer Nächstenliebe getragene Einstellung des Departements zu den Ausländern, welche das Asylrecht beanspruchen, mit besonderer Anerkennung erwähnt worden».¹¹ Albrecht selber bemerkte, sein Departement habe sich bemüht, die bestehenden Vorschriften best-

möglich mit dem menschlichen Mitgefühl in Einklang zu bringen. Rund 350 Flüchtlinge hätten in Not und Kummer bei uns Zuflucht gesucht, 300 von ihnen seien wieder ausgewandert. Verschiedene Hilfsorganisationen hätten grosse Arbeit geleistet und bedeutende Mittel aufgebracht zur Linderung der Not dieser Flüchtlinge. Besondere Erwähnung verdienen in dieser Beziehung die israelitische Armenpflege, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der Schweizerische Caritasverband. Es werde fraglich sein, ob alle noch im Kanton wohnhaften Flüchtlinge mit der Zeit ausreisen könnten. Deswegen werde früher oder später die Frage der Zwangseinbürgerung akut werden. Einstweilen werde die Schweiz und auch der Kanton sich eine Ehre daraus machen, das humanitäre Werk fortzusetzen.¹²

Die *Frage der Einbürgerungen* beschäftigte den Grossen Rat in der Frühjahrssession 1938 intensiv. Einerseits gebot das politische Umfeld, dass Bürgerrechtsbewerber besonders scharf auf ihre Gesinnung hin geprüft werden sollten. Andererseits verlangte der humanitäre Gedanke, dass gerade politisch verfolgte und in Not geratene Ausländer eine Einbürgerung verdienten. In einer längeren Debatte schieden sich die Grossräte in zwei Lager. Eine Minderheit beantragte, alle von der Regierung vorgelegten Gesuche zu sistieren, das heisst während zwei Jahren überhaupt keine Einbürgerungsgesuche entgegenzunehmen und zu behandeln. Die Befürworter dieses Antrages argumentierten, es bestehe keine Gewähr, dass durch das Bürgerrecht nicht auch gleichzeitig fremde Ideologien Einlass fänden, um unser demokratisches Staatswesen zu unterhöheln. Nach den geschichtlichen Ereignissen der letzten Jahre müssten wir misstrauisch sein, ohne damit den Gesuchstellern persönlich zu nahe zu treten. Bis die politischen Gärungen und Wandlungen sich einigermaßen abgeklärt hätten, sollten keine neuen Einbürgerungsgesuche zur Behandlung gelangen. Es wurde nachdrücklich auf die Verhältnisse in Österreich und in der Tschechoslowakei verwiesen, wo eine nachweisbare Unterhöhung des Staates vor sich gegangen sei.¹³

Die Kommissionmehrheit, für welche Johann Christian Solèr (Vrin) referierte, machte geltend, eine Nichtbehandlung und Aufschiebung der pendenten Gesuche wäre verfassungswidrig. Zudem stellte Solèr fest, seien die Gesuchsteller als assimiliert zu betrachten; die Mehrzahl der Bewerber unterhalte sehr enge Beziehungen zu Graubünden. Unsere Nachbarvölker intensivierten den Einfluss auf ihre ausländischen Staatsangehörigen, und es liege im Interesse der Schweiz, jenen, die geistig schon lange assimiliert seien, den staatsrechtlichen Anschluss zu ermöglichen. Stadtpräsident Dr. Mohr sprach von Obstruktion der Kommissionminderheit und warnte, sich von einer Angstpsychose leiten zu lassen. Auch Regierungsrat Dr. Liver stellte sich entschieden gegen eine Suspendierung der Gesuche, aus formellen

und materiellen Gründen, und bemerkte, unter den Ausländern würden sich zahlreiche Vertreter finden, die in der Schweiz gut integriert seien. Der Rat verwarf schliesslich den Minderheitsantrag deutlich mit 70 gegen 9 Stimmen und genehmigte die zur Diskussion stehenden Gesuche. Er hatte zugleich einen Entscheid zugunsten einer liberalen und humanen Praxis gefällt.

Inzwischen war im September 1938 das oben beschriebene *Münchener Abkommen* abgeschlossen worden. Am 21. November trat der Grosse Rat zu seiner ordentlichen Herbstsession zusammen. Die Eröffnungsansprache hielt Landespräsident Dr. *Willy Suter* (St. Moritz). Er nahm darin gleich eingangs Stellung zur tschechischen Frage:

«Gottes weise Fürsorge und die Vernunft der Völker haben den Sieg davongetragen, und der Friede blieb gewahrt. Ein kleines Volk, das in seinem sprachlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben nicht einig war, wurde durch Machtspruch dem Frieden geopfert. Unsägliches Leid, Elend und Not ist über einen grossen Teil dieses Volkes hereingebrochen, und wir dürfen wohl mit tiefem Mitgefühl vor all dem schweren Schicksal, das dieses arme Volk betroffen, uns verneigen und ihm beschämt im stillen den Dank aussprechen für das, was es für das Wohl der ganzen Welt erdulden musste».¹⁴

Suter vermied es in seiner ganzen Rede, die Tschechoslowakei oder den Aggressor Hitler beim Namen zu nennen. Seine Ansprache musste einen *widersprüchlichen Eindruck* hinterlassen haben. Einerseits bezeugte er, dass dem tschechischen Volk grosses Unrecht zugefügt worden sei, und er stellte fest, dass sich die Stimmen der Ideologen der Diktaturstaaten laut und frech erhöhen und die Demokratien herabzuwürdigen versuchten, ja dass die Gefahr bestehe, dass unsere Jugend sich vielfach von der Tatkraft und dem Schneid in den diktatorischen Ländern imponieren lasse und an der Demokratie zu zweifeln beginne; er betonte, dass nur in der Demokratie das wirkliche Volkswohl liegen könne und dass – mit Hinweis auf ein Zitat von Thomas Mann – nur in ihr echte Erziehung gewährleistet sei. Suter machte ferner auf einige Schwächen im Verfahren der bündnerischen Demokratie aufmerksam. Auch berührte er die Arbeitslosigkeit und den angeschlagenen Gang der Wirtschaft im Kanton und zeigte sich dankbar, dass die staatliche Ausnahmegesetzgebung die Situation um einiges gemildert habe (insbesondere in der Hotellerie). Ihm lag besonders am Herzen die traurige Lage der Landwirtschaft und das Heer der Angestellten in der Privatwirtschaft, die keine Altersfürsorge hatten. «In dieser Krisenzeit geht es vielen ganz miserabel. Opfergeist, grosses Wohlwollen und gerechter Sinn dürfen hier in reichem Masse am Platze sein».¹⁵

Andererseits zeugen mehrere Passagen aus Suters Ansprache von Ängstlichkeit und Anpassungsbereitschaft. Vor dem Abschluss des

Abkommens von München, als sich schwarze Wolken am politischen Horizont zusammenballten und die Menschheit zitterte, ob ein Krieg ausbreche, hatte sich Suter gedacht: «Wird wohl im November der Grosse Rat zusammentreten können, oder ist die zivile Gewalt an die Militärgewalt übergegangen?»¹⁶ Wie konnte hier ein sonst senkrechter Demokrat sich vorstellen, dass die bündnerischen zivilen Behörden ihre Gewalt an militärische abtreten würden? (Oder dachte er dabei an eine fremde militärische Macht?) Für Suter war eines notwendig: Dass wir unsere Demokratie der heutigen Zeit anpassen. Während die autoritären Staaten die Probleme scheinbar mit einer ungeahnten Schnelligkeit lösten, mache sich unsere Demokratie nur langsam und schleppend an die unangenehme Arbeit. Wer die Demokratie erhalten wolle, müsse sie aktionsfreudiger und lebendiger gestalten, und dabei gehe es ohne Opfer nicht mehr. Wenn man auf die kritischen Herbsttage zurückblicke, sehe man, wie der englische Premierminister *Chamberlain*, «ein Mann aus einer Demokratie, in der wie nirgends sonst auf alte Formen und Gebräuche, Rang und Prestige gehalten wird, alles von sich wirft und jeder Tradition hohnsprechend *eine Konferenz mit dem weit jüngeren Staatsmann* anbahnt. Er bringt es ferner fertig, dass die ersten Männer von Grossstaaten ebenfalls ihre Traditionen verleugnen und sich an den Verhandlungstisch setzen und eine Lösung der schwierigen Probleme finden».¹⁷ Bewunderung für das Vertragswerk von München, nicht kritische Wertung desselben, spricht aus diesen Worten; *Bewunderung* zwar nicht für den «weit jüngeren Staatsmann» (Hitler), aber doch für den diesem nachgebenden und auf dessen Forderungen voll einschwenkenden Anpassungspolitiker Chamberlain.

Vom 16. bis 18. März 1939 tagte der Grosse Rat in ausserordentlicher Sitzung: nicht etwa der Weltlage wegen, sondern um über Strassenbaufragen und eine Affäre bei der Brandversicherung zu debattieren. Dabei waren die Deutschen gerade zu dieser Zeit in die Tschechoslowakei einmarschiert; am 16. März proklamierte Hitler auf dem Hradschin in Prag die Errichtung des «Protektorates Böhmen und Mähren». Im Grossen Rat gab es keine Meldungen zur Weltlage!¹⁸

Zu Beginn der ordentlichen Frühjahrsession am 15. Mai erwähnte Regierungspräsident Dr. *Adolf Nadig* das treffliche Weinjahr 1938, die Klagen über Milchschwemme und Viehmarkt und nahm dann Zuflucht zu seinem Kulturdepartement. Er lobte die Vielseitigkeit unserer heimatlichen Natur und ihres viersprachigen Volkes. Auf die Weltlage trat er nur sehr allgemein und indirekt ein. So sei die kleine Republik im Herzen Europas ehrlich bemüht, ihre Lage zu erkennen und innerlich mehr und mehr jeglicher Gefahr unerschrocken ins Auge zu schauen. Nadig appellierte an die *Opferbereitschaft des Schweizervolkes* – ein Aufruf, der sich wie ein roter Faden durch

alle damaligen offiziellen Reden zieht. Der totalitäre Staat beanspruche auch alles geistige Leben für die Dynamik seiner Politik, und mit Vorliebe würden kulturelle Kräfte in die staatlich organisierte Auslandpropaganda eingeschaltet. Demgegenüber erwachse uns klar die Pflicht, intern defensiv unser Volk, unsere Jugend aufzuklären und zu warnen. In der Schweizerischen Landesausstellung («Landi»), welcher er vor einer Woche beigewohnt hatte, erblickte Nadig die Veranschaulichung der überwältigenden «eidgenössischen Mannigfaltigkeit in der Einheit». Die schlichte Devise des Festspiels «Hie Tellenmut und Pestalozzigüte» drang tief in die Herzen.¹⁹ Konkrete Äusserungen zur Zerschlagung der Tschechoslowakei gab es keine.

Als die Herbstsession des Grossen Rates am 20. November begann, wütete der Zweite Weltkrieg bald drei Monate lang. Polen war durch Hitler brutal erobert und besetzt worden. Landespräsident Dr. *Rudolf Toggenburg* (Laax) ging in seiner Eröffnungsansprache des breiteren auf die politischen Ereignisse ein. Allerdings enthielt er sich einer konkreten Analyse der aussenpolitischen Situation und jeglicher offenen Verurteilung der Aggressoren. Um so mehr konzentrierte er sich auf die innere Lage und die hier getroffenen Massnahmen. Die Mobilisation der Armee hatte tadellos geklappt und kam für ihn einer gewonnenen Schlacht gleich. Wir dürften Vertrauen haben in unsere Armee, aber auch auf unsere Waffen. Er rief auch zur Opferbereitschaft für unsere Landesverteidigung auf. Unsere Waffen würden nur zum Schutze des Landes geschmiedet. Sollte ein Feind unsere Insel des Friedens betreten, würde das ganze Volk mit Kraft und Wucht sich erheben. Der alte Schlachtruf: «Eher den Tod als Knechtschaft» würde nochmals durch unsere Täler erschallen. Am Schluss trat Toggenburg noch auf die neuen Aufgaben ein, welche die Kriegsmobilmachung unserem Kanton brachte.²⁰

Die Frühjahrssession des Grossen Rates vom Jahre 1940, die auf den 20. Mai festgesetzt war, wurde wegen der am 10. Mai erfolgten Generalmobilmachung der Armee durch Beschluss der Regierung verschoben und erst am 5. August nachgeholt. Regierungspräsident *Sebastian Capaul* befasste sich in seiner Ansprache naturgemäss zur Hauptsache mit den Problemen der Landesverteidigung. Er zollte den Offizieren und Soldaten für ihren grossen Einsatz Dank und Bewunderung. Ganz besonders erwähnte er die Bäuerinnen, die während der Mobilisation eine Riesenarbeit bewältigten, und bezeichnete sie als Heldinnen des Alltags. Er sprach ferner von unserem absoluten Verteidigungswillen, den zu ertragenden Opfern und Entbehrungen des Neutralen und vom notwendigen unerschütterlichen Gottvertrauen. Eine kampflose Kapitulation stehe ausser Diskussion. Am Schluss erwähnte Capaul den Hinschied von Bundesrat Motta, den er einen grossen Schweizer und verdienten Magistraten nannte. «Nicht das Geschlecht

unserer Tage, *die Geschichtsschreibung* späterer Zeiten wird dereinst die Verdienste würdigen, die sich Bundesrat Motta in seinem Lebenswerk voller Grösse und Uneigennützigkeit um Volk und Heimat erwarb», so zitierte Capaul aus dem Beileidsschreiben der Regierung des Kantons Bern an den Bundesrat.²¹ Bundesrat Motta habe das Urteil der Geschichte nicht zu fürchten. Die gesamte Schweizer Presse habe dem grossen Sohn der Tessiner Erde in Nachrufen gedacht, die Zeugnis der tiefen Verehrung und der Dankbarkeit des ganzen Schweizervolkes ablegten.

Am 18. November 1940 – in einer Zeit äusserster Anspannung und aussenpolitischer Bedrohung – wurde als erster Sozialdemokrat Dr. *Gaudenz Canova* zum Landespräsidenten gewählt. Seine Eröffnungsrede war gezielt auf diese Bedrohungssituation ausgerichtet, derart offen und schonungslos, dass sie – obwohl mit langanhaltendem Applaus im Grossratsaal quittiert – von den Zensurbehörden sozusagen «beschlagnahmte» wurde; das heisst, sie wurde weder ins Protokoll der Verhandlungen des Grossen Rates aufgenommen noch durfte sie in der Presse veröffentlicht werden.²² Für Canova und für alle Verteidiger einer offenen und freien Meinungsbildung war das ein harter Schlag. (Die Rede wurde durch Theo Haas in der «Bündner Zeitung» vom 15. November 1980 veröffentlicht.)

Canova stand eindeutig zur Landesverteidigung, sagte aber klar, dass unsere Armee unsere Heimat vor allzu heftigen «Freundschafts- und Liebesbezeugungen» seitens unserer «Freunde» beschützen würde. Jenen, die bei uns zu Kapitulationen bereit wären, wie jenen, die uns in der ausländischen Presse beschimpfen und gegen uns Drohungen ausstießen, werde mit aller Klarheit und Bestimmtheit geantwortet: «Wir wollen nichts wissen, weder von Führerschaft noch von autoritärer Regierung. Wir lehnen jede Art von Diktatur ab und jede Art totalitären Staates. Unser Volk wird selbst und allein sein Schicksal bestimmen.»²³ Mit scharfen Worten geisselte Canova die blutrünstigen Diktatoren, aber auch die Lauheit, Entmutigung, Resignationsbereitschaft und den Defaitismus im Innern. Unverhüllt sagte er dem Anpassertum den Kampf an. So mutig und unerschrocken hatte in Graubünden noch kein Politiker gesprochen. Canova erwies sich als *einer der grössten Mahner und mutigsten Vorkämpfer* gegen Nationalsozialismus und Faschismus in gefährvoller Zeit. – In der Märzsession 1941, in der auch Canova die Eröffnungsansprache hielt, betonte dieser, dass nicht mehr ein vorgesehene Strassenbauprogramm als Arbeitsbeschaffung auf der Traktandenliste stehe. «Wir werden Dringenderes, Notwendigeres und für den Augenblick Nützlicheres zu tun haben. Der in Europa und in anderen Weltteilen immer noch tobende unheilvolle Krieg hat auch uns vor schwere neue Aufgaben gestellt.»²⁴ Zu diesen neuen Aufgaben gehörte die Bewältigung der Krise in der

Hotellerie und bei der Rhätischen Bahn; die Regierung hatte sich gezwungen gesehen, die Eidgenossenschaft zu bitten, unsere Bahnen zu übernehmen.

Die Herbstsession 1941 eröffnete am 17. November Landespräsident *Salomon Prader* (Davos). Er gedachte dabei der im September erfolgten Churer Bischofswahl, wo mit Christian Caminada ein Mann mit Liebe zu seiner bündnerischen Heimat und Verbundenheit mit unserem Volkstum durch das Domkapitel erkoren worden war. Ferner erinnerte er an das Jubeljahr 1941, an das 650jährige Bestehen der Neuerrichtung des Bundesbriefes. Der Glaube an unser schweizerisches Vaterland und an die Vorsehung sollten unser öffentliches Leben tragen und weihen. Es gelte, auf dem Gebiete der Landesverteidigung maximale Leistungen zu vollbringen und ohne Murren sich den Massnahmen zu unterziehen, welche die Ernährung des Schweizervolkes sicherstellten.²⁵ Weiter ging Prader nicht auf die Weltereignisse ein. Man hatte sich langsam an den Krieg gewöhnt.

Um so ausführlicher befasste sich Dr. *Luigi Albrecht*, wiederum Regierungspräsident, in der Eröffnungssitzung des Grossen Rates vom 18. Mai 1942 mit der Weltlage. Auch er unterstrich die Bedeutung der Wahrung und Stärkung unserer Wehrhaftigkeit, wies aber auch auf die Rolle der Schweiz als Schutzmacht hin (Übernahme diplomatischer Vertretungen vieler am Kriege beteiligter Staaten). Hier habe unser kleiner Staat eine grosse Sendung als Mittler und Treuhänder. Aber wir müssten auch in christlicher Nächstenliebe das internationale Hilfswerk des Schweizerischen Roten Kreuzes unterstützen, besonders zugunsten der in Elend geratenen Kinder, Kranken und Flüchtlinge. Die Schweiz als moralische Macht des Rechts müsse schon jetzt unablässige *Vorarbeit für die Versöhnung der Völker* leisten. Den Neuerern bei uns aber, die sich in unschweizerischen Gedankengängen verlieren und fremden Irrlichtern nachlaufen, sei der unerbittliche Kampf anzusagen; die Erneuerung dürfe nicht aus uns wesensfremden Ideologien geschöpft werden.²⁶

Damit soll es hier in bezug auf die offiziellen bündnerischen Äusserungen in einer kritischen Zeitschrift sein Bewenden haben. Bei der Berücksichtigung der Aussagen sind wir ein bisschen über die 50-Jahr-Erinnerungsschwelle hinausgegangen. Es schien uns aber angemessen, die Zeitperiode der grössten Anspannung etwas auszuleuchten. Ab 1943, nachdem sich das Kriegsglück zugunsten der Alliierten wandte, brauchte es nicht mehr grossen Mut, die Taten der Aggressoren anzuprangern. Aus den oben präsentierten Stellungnahmen von bündnerischen Politikern sind recht unterschiedliche Akzente feststellbar, die sich zum Teil nicht nur in Nuancen, sondern in deutlich differierenden Grundauffassungen widerspiegeln. Im allgemeinen aber waren sie von Staatstreue und demokratischer Gesinnung geprägt.

4. Würdigung und Ausblick

Überblickt man insgesamt die Haltung der Personen, welche in jenen kritischen Jahren die offizielle Schweiz im Verhältnis zu den Ereignissen rings um unser Land nach aussen und nach innen vertraten, so ergibt sich ein wenig schmeichelhaftes Bild. Der Hauptexponent der schweizerischen Aussenpolitik war Bundesrat Motta. Dieser liess sich *eine Reihe von Peinlichkeiten* zuschulden kommen. Aber auch die Haltung der Bundesräte Pilet und Schulthess war nicht über alle Zweifel erhaben. Obwohl zwar der Gesamtbundesrat sich noch zu einigermaßen befriedigenden Stellungnahmen und im allgemeinen angemessenen Massnahmen durchrang, war seine Position durch das Verhalten einzelner seiner Mitglieder eine eher schwache und unentschlossene.

Die Neutralitätspolitik vermochte sich trotzdem allmählich im Ausland glaubhaft darzustellen. Die Tatsache, dass die Schweiz Schutzmacht mehrerer kriegsführender Staaten wurde, fusste auf einem internationalen Vertrauen. Allerdings verlieh die Art und Weise, wie die Schweiz vom Völkerbund ihre integrale Neutralität abrang und zurückgewann, unserem Land den Anschein des eigennützig und opportunistischen Handelns. Manche Ausländer betrachteten unsere Haltung ähnlich wie jener Leserbriefschreiber vor kurzem in der «NZZ»: «Die Schweiz versteht es sehr gut, zum richtigen Zeitpunkt zu ihrem Vorteil die Neutralität einzusetzen» (8. 4. 1988).

Bei den Exponenten der bündnerischen Politik lassen sich grob auch zwei Lager unterscheiden: Jene, die unerschrocken und mutig ihre Meinung äusserten, die Diktatoren beim Namen nannten, ihre Handlungen verurteilten und die im Innern für eine humane Flüchtlingspolitik und Hilfe an die Kriegsgeschädigten aufriefen. Und andererseits jene, die ihre Worte in ängstliche Zurückhaltung kleideten, von Anpassungen an die Erfordernisse der neuen Zeit schwafelten, von nimmermüder Opferbereitschaft redeten und ihre Bewunderung für eine Politik des Nachgebens zum Ausdruck brachten.

Schaut man sich im Geschehen unserer jüngsten Vergangenheit oder der Gegenwart etwas um, so erkennen wir in der offiziellen schweizerischen aussenpolitischen Haltung auch einige Schwächen und zum Teil Mangel an internationaler Solidarität. Die Schweiz hat sich geweigert – hier zwar das Volk, nicht die Behörden –, der UNO beizutreten, sie verweigerte die Ratifizierung der Sozialcharta des Europarates, sie hat bei der Entwicklungshilfe noch nicht den durchschnittlichen Beitragssatz der westlichen Länder erreicht, und sie hat kaum ernsthafte Versuche unternommen, eine wirkungsvolle Lösung der Verschuldung der Staaten der Dritten Welt anzubieten. Es verbleibt ihr für die nahe Zukunft also noch die Aufgabe, ein beträchtliches Defizit aufzuarbeiten.

Literaturhinweise

– Dem ersten allgemeinen Teil lagen zugrunde:

- Fischer, Weltgeschichte, Das zwanzigste Jahrhundert III, Frankfurt 1981.
- Humbolt-Taschenbuchverlag, Weltgeschichte, München 1976.
- Geschichtliche Weltkunde, Bd. 3, Diesterweg-Verlag, Frankfurt 1984.

– Dem zweiten Teil:

- ¹ Paul Schmid-Ammann, Der politische Katholizismus, Bern 1945, S. 137.
- ² Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. III, Basel 1970, S. 235.
- ³ do. S. 238.
- ⁴ do. S. 240.
- ⁵ do. S. 318.
- ⁶ Schmid-Ammann, S. 137.
- ⁷ Bonjour, S. 319.
- ⁸ do. S. 323.
- ⁹ do. S. 321.

– Dem dritten Teil:

- ¹⁰ Verhandlungen des Grossen Rates (Protokolle) 1938, S. 3–8.
- ¹¹ do. 1939, S. 17.
- ¹² do. S.18/19.
- ¹³ do. 1938, S. 64–70 und 122–129.
- ¹⁴ do. 1938, S. 3/4.
- ¹⁵ do. S. 6.
- ¹⁶ do. S. 3.
- ¹⁷ do. S. 8.
- ¹⁸ do. 16.–18. März 1939.
- ¹⁹ do. 1939, S. 3–6.
- ²⁰ do. Herbst-Session 1939, S. 3–9.
- ²¹ do. 1940, S. 3–7.
- ²² Theo Haas, Die zensurierte Ansprache des Landespräsidenten Dr. Gaudenz Canova, in: «Bündner Zeitung» vom 15. November 1980.
- ²³ Martin Bundi, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Graubünden, Chur 1981, S. 82/83.
- ²⁴ Verhandlungen des Grossen Rates, März-Session 1941, S. 3/4.
- ²⁵ do. Herbst-Session, S. 3–6.
- ²⁶ do. Frühjahrs-Session, S. 3–6.

Dr. Martin Bundi, Hegisplatz 6, 7000 Chur

Adresse des Autors